Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Mittwoch, den 28. April 1880. Nr. 196.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate Mai und Juni für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 1 Mark, für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 M. 35 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Die Redaktion

Deutscher Reichstag.

39. Sitzung vom 27. April.

Präsident Graf von Arnim eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesraths: v. Philipsborn, v. Kusserow.

Tagesordnung:

I. Zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Unterstützung der Seehandelsgesellschaft mit 300,000 M. jährlich.

Abg. Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst: M. H.! Ich will auf die vorliegende Frage nicht tiefer eingehen, aber ich halte mich verpflichtet, nachdem Se. Majestät der Kaiser mich zur Führung des Staats-Sekretariats im auswärtigen Amt berufen, den ungünstigen Folgerungen entgegenzutreten, die aus dieser Vorlage gezogen werden. Ich muß namentlich den Gerüchten entgegentreten, daß die Reichsregierung keinen großen Werth auf die Vorlage lege. Diesen unbegründeten Gerüchten gegenüber bin ich in der Lage, auf das Bestimmteste zu versichern, daß die Reichsregierung großen Werth auf das Zustandekommen der Vorlage legt und daß sie die Verwerfung derselben aufrichtig bedauern würde. Es kann das auch nicht anders sein nach all' den Opfern, welche in den letzten Jahren Seitens des Reichs für den Handel und die Schifffahrt in der Südsee gebracht worden sind. Der Handel hat dort einen erfreulichen Aufschwung genommen, zahlreiche Firmen, welche auf jener Inselgruppe Geschäfte begründet haben, legen Zeugniß von dem rastlosen Unternehmungsgeist des deutschen Kaufmannsstandes ab. Die Ansiedelungen sind nicht blos an sich von großem Werth, sondern sie befördern auch die Rhederei in hohem Maße und werden für den deutschen Handel von großem Nutzen sein. Es ist bekannt, daß der Handel mit jenen Volksstämmen nur dann gedeiht, wenn dieselben durchdrungen sind von der Macht der Nation, mit der sie in Verbindung treten. Die Südsee-Insulaner haben ein feines Gefühl für das Maß der Macht der Nation, mit der sie Handelsbeziehungen anknüpfen. Die Verwerfung der Vorlage würde zur Folge haben, daß die Ansiedelungen in Samoa in andere Hände übergingen. Dieser Uebergang in andere Hände, das Aufziehen der englischen oder einer anderen Flagge würde entschieden den Eindruck auf die Bevölkerung machen, daß Deutschland außer Stande sei, jenen Besitz aufrecht zu erhalten. Kaufleute, welche mit den dortigen Verhältnissen bekannt sind, versichern sogar, daß ein Aufgeben der dortigen Ansiedelungen sich als ein Ereigniß auf der ganzen Südsee, ja bis nach Japan sich geltend machen würde. Es würde eine nachhaltige Rückwirkung auf den deutschen Handel und das Ansehen Deutschlands ausüben und deshalb empfehle ich Ihnen die Annahme der Vorlage. (Beifall.)

Abg. Löwe (Berlin): Ich konstatire zunächst, daß an der vorliegenden Sache keine Partei des Hauses ein tiefgreifendes Interesse hat. Wir haben geglaubt, daß die sachkundigen Angaben des Herrn Kollegen Meier aus Bremen die Entscheidung für das Haus bringen würde. Heute sehen wir, daß eine andere Begründung der Vorlage versucht wird. Herr v. Benda hat diese Begründung schon angedeutet und der Herr Vorredner hat sie fortgesetzt. Beide Herren behandeln die Angelegenheit als eine Frage der auswärtigen Politik; sie erklären uns einfach, wir müssen die Vorlage annehmen, weil die leitende Persönlichkeit des auswärtigen Amtes, weil der Herr Reichskanzler sie als eine vollendete Thatsache betrachtet. Damit kann sich jedoch die Volksvertretung nicht beruhigen. Ich will nicht auf die auswärtige Politik eingehen; es handelt sich gar nicht um auswärtige Politik, es handelt sich um ein verkrachtes Unternehmen, das aufgerichtet werden soll, für das die Kasse des Reiches auf ein Menschenalter in Anspruch genommen werden soll. Es ist ein alter kaufmännischer Grundsatz, daß man niemals ein neues Unternehmen auf ein verkrachtes bauen oder gründen dürfe. Nun wird uns gesagt, daß die deutsche Flagge es erfordere, dem Unternehmen beizustehen. Ich frage aber: was wird nach der Subventionszeit? und wie werden Sie dann die deutsche Flagge ehrenhaft aus dem Unternehmen ziehen? Dann wird die deutsche Flagge erst recht engagirt sein. Sie thun daher besser, sich vorweg auf derartige gewagte Spekulationen mit den Mitteln des Reichs nicht einzulassen. Nach sehr reiflicher Erwägung sind wir auf dem Standpunkt stehen geblieben, daß wir es nicht unternehmen dürfen, die deutsche Flagge für dieses Unternehmen mit dem Hause Godeffroy zu verbinden, auf dem nun einmal ein Odium lastet. (Sehr wahr!) Ob die Regierung vor einem fait accompli steht, kann für das Urtheil der Volksvertretung nicht in Betracht kommen. Wir müssen die Ehre und die Interessen des Reiches schützen und das thun wir, indem wir die Vorlage ablehnen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. v. Bunsen tritt für die Vorlage ein. Es handle sich um ein neues Prinzip, das darin liege, daß die deutsche Politik die fernliegenden Länder sich selbst überlasse und nur mittelbar auf die Verwaltungen jener Länder Einfluß zu gewinnen suche. Dieses Ziel rechtfertige die uns auferlegten finanziellen Opfer. Wir müssen festhalten an dem großen Prinzip, das der Vorlage zu Grunde liege und welches ähnlicher Natur sei, wie es die großen Prinzipien waren, die den Reichskanzler bei seinem Eintritt in das öffentliche Leben beseelt haben. Diese Vorlage, einmal abgelehnt, wird zum Schaden des deutschen Reiches sich gestalten. (Beifall.)

Abg. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg: Man möge sich hüten, dem Herrn Reichskanzler in Fragen der auswärtigen Politik entgegenzutreten. Der Herr Reichskanzler sei in solchen Fragen stets der Weitsichtigste gewesen und habe zum Staunen der ganzen Welt die allergrößten Dinge vollbracht. Eine Opposition gegen den Kanzler in solchen Fragen werde immer eine verfehlte sein, das müsse er bei aller Hochachtung vor dem kaufmännischen Talent des Herrn Dr. Bamberger betonen. Die Nation würde es nicht verstehen, wenn das Haus aus kleinen finanziellen Bedenken den Entwurf ablehnen sollte.

Der Präsident theilt mit, daß der Herr Reichskanzler den Geh. Rath Reuleaux zum Kommissar in dieser Sache ernannt habe.

Bundes-Kommissar Geh. Rath Reuleaux: Er sei erst vor Kurzem aus Sidney zurückgekehrt, wo er als Kommissar des Reiches bei der dortigen Weltausstellung Gelegenheit gehabt habe, sich über die Sache, um die es sich handele, wenigstens indirekt Informationen zu verschaffen. Er habe die Empfindungen wahrnehmen können, welche die dortigen Deutschen beseelten, als die Nachricht über das Vorgehen des Reiches durch den Telegraph nach Australien gelangte. Man dürfe die Samoafrage und die heutige Vorlage nicht isolirt behandeln. Diese letzte sei herausgewachsen aus einer Reihe von Vorgängen, die sich auf jenen Südseeinseln abgespielt, sie sei ein Glied in jener großen Kette, welche das Land mit Deutschland verbindet. Aus dieser Kette dürfe sie nicht herausgerissen und isolirt werden, wie es vielfach geschehen sei. Redner geht nunmehr sehr ausführlich auf unsere Handelsbeziehungen zu Australien ein und führt aus, daß, um diesen Handel, der sehr lohnend sei, zu beleben, es nothwendig sei, eine direkte Schiffsverbindung zwischen Deutschland und Australien herzustellen. Eine solche werde sich nach der Ansicht des Redners durch die zu bildende Südsee-Gesellschaft herstellen lassen, da dann den Schiffen Gelegenheit gegeben werde, für die Rückfahrt Frachten mitzunehmen. Von den englischen Kaufleuten in Australien werde das Vorgehen Deutschlands in der Südsee mit scheelen Augen betrachtet. Bei der Erschütterung des Hauses Godeffroy glaubten die englischen Kaufleute den Zeitpunkt für gekommen, wo der Handel in Polynesien wieder ausschließlich ihnen zufallen müßte. Die Nachricht von dem Vorgehen des Reiches habe die englischen Kaufleute mit hellem Zorn erfüllt, sie erblickten darin eine Bedrohung der englischen Kolonien. Es sei das ein Beweis dafür, von welcher großen Bedeutung die deutschen Handelsbeziehungen zu den Südseeinseln sind. Redner schließt mit der Versicherung, daß mit der Annahme der Vorlage dem deutschen Handel der ganze Archipel zufalle und den Handel mit Australien zu einem sehr lebhaften machen werde. Andererseits werde unsere Industrie zu neuer Entwickelung gelangen und unseren fleißigen deutschen Arbeitern Beschäftigung und Brod schaffen. Es hänge also von der Annahme oder Ablehnung dieser Vorlage unendlich viel ab, er empfehle deshalb die Annahme der Vorlage.

Abg. Dr. Bamberger: Meine Opposition gegen die Vorlage hat sich nicht geändert. Ebenso gut wie durch die Rede des Herrn Regierungs-Kommissars hätte man die Vorlage durch Vorlesung des Robinson Crusoe begründen können. (Heiterkeit.) Herr Mosle hat neulich für sich Sachkenntniß in Sachen Samoa's in Anspruch genommen, weil er 13 Jahre lang in den Breitegraden von Samoa gelebt hat, freilich 8000 Seemeilen von Samoa entfernt. (Heiterkeit.) Eine Analogie dazu wäre Konstantinopel und New-York, die auch auf denselben Breitegraden liegen. Kann denn aber ein Konstantinopolitaner über New-York sachlich mitreden? Höchstens über Byzantinismus. (Heiterkeit.) Auch Herr Reuleaux hat dem Hause nichts Sachliches mitgetheilt. Daß Australien eine schöne blühende Kolonie ist, das haben wir auch ohne ihn gewußt. Herr v. Kusserow hat viel sachlicher gesprochen. (Sehr wahr!) Redner bekämpft sodann die Ausführungen der Abgg. Fürst Hohenlohe und des Herrn von Bunsen. Wenn man das Recht nicht mehr haben sollte, eine Vorlage sachlich zu bekämpfen, dann könnte ja die Reichsregierung jede Vorlage anstatt mit Motiven einfach mit dem Motto versehen: Car tel est notre plaisir. Redner konstatirt sodann, daß große deutsche Handelshäuser durch die Konkurrenz der subventionirten Seehandelsgesellschaft reduzirt werden müßten, daß letztere somit den deutschen Handel schädigen, statt ihm nützen würde. Dies werde durch die gesammten Export- und Importverhältnisse der Südseeinseln, welche Redner durch Anführung zahlreicher Ziffern nochmals beleuchtet, dargethan. Man habe gar kein Recht, den bestehenden Handelshäusern von Reichswegen Konkurrenz zu machen. Mit Palmenwäldern und dem gestirnten Himmel des Südens könne man doch solche Vorlagen nicht motiviren. Wer den Handel mit Poesie beginnt, der geht mit zerrissenen Schuhen wieder heraus. (Sehr gut!) Der Redner zählt alle schwindelhaften Börsenunternehmungen auf, von der großen 1720er ab. Ehe wir der Gesellschaft jährlich 300,000 M. geben, lieber gleich das ganze Geld auf einmal, dann sind wir sie los und haben keine Solidarität mit den Herren. Denn wenn erst die Gesellschaft unsere Flagge trägt, dann müssen wir für Alles aufkommen. Was wird das Ausland dazu sagen, fragen Sie? Ich kann Ihnen die Antwort sofort geben: Das Ausland wird gar nichts dazu sagen, kein Hund und keine Katze wird danach krähen. (Heiterkeit.) Wer kümmert sich denn überhaupt um unsere Verhältnisse? Die „Times“ brachte kürzlich zwei Zeilen über diese Angelegenheit und hinterher einen langen Bericht über Pauline Lucca. (Große Heiterkeit.) Einer meiner französischen Freunde stritt mit mir kürzlich ernstlich und behauptete, Eugen Richter sei bereits Minister gewesen. (Heiterkeit.) Freilich, wenn man den Kollegen v. Benda hört, der faßt die Sache großartig auf, wie Napoleon in der Schlacht bei den Pyramiden: „Vier Jahrtausende sehen auf uns nieder.“ (Große Heiterkeit.) Wissen Sie, m. H., wer auf uns niedersieht? Die Herren Baring Brothers, John Henry Schröder und Berenberg-Goßler. Diese Häuser sehen auf uns nieder und wollen die 20 Millionen haben. Ich bitte Sie, diese 20 Mill. nicht zu bewilligen. (Beifall links, Zischen rechts.)

Die Diskussion wird geschlossen und in namentlicher Abstimmung die Vorlage mit 128 gegen 112 Stimmen abgelehnt.

(Mit den Konservativen stimmten Bennigsen, Treitschke, Bunsen, Völk, Römer u. A. Das Centrum und die Fortschrittspartei stimmten geschlossen gegen die Vorlage.)

Das Haus beschließt sodann, die Vorlage wegen Abänderung des Artikels 4 des Münzgesetzes im Plenum des Hauses in Berathung zu nehmen und tritt

II. in die Berathung des Gesetzentwurfs über die Reichsstempelsteuern in erster Lesung.

Unterstaatssekretär Scholz leitet die Berathung an der Hand der der Vorlage beigefügten Motive ein. Es handle sich um die Ausgleichung von Ungleichheiten in der landesgesetzlichen Besteuerung. Der Börsen- und Bankverkehr dürfte nicht länger von den Stempelabgaben befreit bleiben. Der Ertrag der Vorlage werde auf 30 Millionen, zusammen mit der Erhöhung der Brausteuer auf 37 Millionen Mark Mehreinnahme geschätzt. Wenn man davon die Mehrausgaben in Folge der neuen Militärorganisation abrechne, dann verblieben etwa 18—19 Mill. Mk. Mehreinnahmen. Diese Mehreinnahme würde die Reichsregierung in die Lage bringen, den Bundesstaaten größere Ueberschüsse zu überweisen. Der Herr Reichskanzler bedauere sehr, durch seinen Gesundheitszustand verhindert zu sein, persönlich die Vorlage hier zu vertreten. Was der Herr Reichskanzler bezüglich der Steuerreform hier ausgeführt, das halte der Herr Reichskanzler noch heute in demselben Umfange aufrecht und werde dieses Ziel unausgesetzt verfolgen. Das Ziel bleibe der Erlaß der Klassensteuer. Was der Herr Reichskanzler am 2. und 8. Mai v. J. zugesagt, das werde er erfüllen und durchführen.

Abg. Sonnemann ist durchaus kein Gegner der Besteuerung der Aktien und ähnlicher Papiere. Er wendet sich jedoch gegen die Art und Weise, wie man im deutschen Reiche Steuerreform treibe. Man müsse sie im Ganzen geben, nicht tropfenweise. Vor 10 Wochen habe man dem Hause die Brausteuer vorgelegt, jetzt am Schlusse der Session lege man sechs neue Steuern vor und im Bundesrathe werde die Wehrsteuer berathen, während im Hintergrunde als drohendes Gespenst das Tabaksmonopol stehe. Diese Vorlage sei ein planloses Vorgehen und könne von Niemand gebilligt werden. Wenn man die Motive all' dieser Vorlagen vergleiche und gegenüberstelle, so zeige sich, daß sie einander bekämpfen, so wenig Plan und Sinn sei in dem ganzen Vorgehen enthalten. Redner beantragt die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. v. Wedell-Malchow bedauert ebenfalls, daß der Steuerplan so stückweise vorgelegt werde, und ebenso, daß nicht näher dargelegt werde, wie die Ueberschüsse aus den Steuern auf die einzelnen Bundesstaaten zur Vertheilung gelangen sollen. Gerade von diesem Gesichtspunkte aus sei ihm die Vorlage in ihrer Totalität willkommen gewesen. Er begrüße sie auch deshalb mit Freuden, weil sie wenigstens den Versuch mache, das Kapital zu besteuern. Die Börsensteuer sei auch in der Bevölkerung populär, doch werde die Kommission die Frage zu prüfen haben, ob Pfandbriefe und dergleichen Papiere in gleicher Weise wie Aktien zu besteuern seien. Wenn die Börsensteuer wirksam sein solle, wenn sie denjenigen Beitrag zu den Staatslasten liefern soll, den man mit Recht von ihr verlangen kann, dann werde man die Sätze erheblich steigern müssen und zwar steigern mit der Höhe des Kapitals. Wenn man die Tabaksteuer dem armen Mann auferlegen konnte, dann dürfe man nicht so zaghaft sein, und dem reichen Banquier auch die Börsensteuer auferlegen. Was die Quittungssteuer anlangt, so sei die konservative Partei nicht in der Lage, für dieselbe stimmen zu können. Dieselbe würde zu sehr in die kleinen Verhältnisse eingreifen und könnte nur dann Zustimmung finden, wenn eine finanzielle Nothwendigkeit dazu vorläge oder wenn Zug um Zug eine Steuererleichterung geboten würde. Mit der Chekstener erklärt sich Redner einverstanden und stimmt ebenfalls für kommissarische Berathung.

Dann wird die Sitzung vertagt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Tagesordnung: Antrag Richter in Betreff des Tabakmonopols; Antrag Klotz wegen der Gerichtskosten und Anträge Seydewitz wegen Abänderung der Gewerbeordnung.

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

** **Berlin**, 27. April. Am Mittwoch wird voraussichtlich im Reichstagsgebäude eine Sitzung des Staatsministeriums stattfinden.

Der Bundesrath hat gestern, wie bereits gemeldet, die Anträge der Referenten zu der Revision der Geschäftsordnung mit kleinen Modifikationen in zweiter Lesung angenommen. In Betreff der anderweiten Regelung der Substitution ist der Beschluß gefaßt worden, daß dieselbe durch die Bun-

desregierungen in vierzehn Tagen zu erfolgen habe. Diese Frist ist für nothwendig erachtet worden, damit die Regierungen diejenigen Anordnungen treffen können, um an Stelle der fremden Substitution ihre eigene setzen zu können.

Durch die Blätter ist die Notiz gegangen, daß der Finanzminister in Folge des weiteren Rückganges in den Staatseinnahmen Preußens sich veranlaßt gesehen habe, eine Verfügung an die Behörde zu erlassen, welche die größte Sparsamkeit empfiehlt. Wie ich höre, hat ein weiterer Rückgang der Staatseinnahmen nicht stattgefunden, als wie sich derselbe aus den ungünstigen Betriebs-Verhältnissen des Jahres 1878/79 ergeben hatte. Diese ungünstige Lage wirke aber konsequenter Weise auch auf das Wirthschaftsjahr 1879 80 ein. Es kann Niemand erwartet haben, daß mit der neuen Wirthschaftspolitik sofort auch die Einnahmen in die Staatskassen strömen würden. Ein Anderes dagegen ist es, ob die neuen Wirthschafts-Verhältnisse auch auf den nächsten Etat werden einwirken können. Die Ansicht, daß dieser Etat ohne Defizit abschließen werde, kann man wohl als berechtigt ansehen. Ob alsdann eine Steuerentlastung wird vorgesehen werden können, wie es in den Intentionen der Regierung liegt, läßt sich natürlich erst dann beurtheilen, wenn die Grundlagen des neuen Etats vollständig vorliegen werden. Wenn man jedoch darüber sein Erstaunen ausdrückt, daß der Finanzminister allen Behörden die größte Sparsamkeit empfohlen hat, so wird man sich daran erinnern müssen, einmal, daß auch bei richtig fließenden Einnahmen von diesem Grundsatz altpreußischer Finanzwirthschaft nicht abgegangen werden darf, alsdann aber auch, daß der Finanzminister seinerzeit im Abgeordnetenhause ausdrücklich eine sparsame und vorsichtige Wirthschaft als nothwendig und als einen Theil der ihm gewordenen Aufgabe bezeichnet hat. Aus einer so anempfohlenen Sparsamkeit irgend einen Rückschluß auf eine ungünstige Finanzlage des Staates machen zu wollen, ist denn doch stark verfehlt.

Das nunmehr abgeschlossene Hauptgeschäft in Kohlen hat, wie die Berichte aus verschiedenen Bergwerken konstatiren, die Zechen veranlaßt, eine Reduktion der Förderung eintreten zu lassen, indem man das Angebot und die Nachfrage in ein richtiges Gleichgewicht zu bringen willens ist. Für den nächsten Herbst erwartet man, nach allen den hierfür maßgebenden Symptomen zu schließen, ein sehr lebhaftes Geschäft. Mehrere Zweige der Industrie erfreuen sich bereits eines guten Fortganges, so haben z. B. die Fabriken in Iserlohn und Lüdenscheid gute Beschäftigung und zu lohnenden Preisen Absatz. Die Hütten sind durch die vielen im Winter eingegangenen Bestellungen noch auf längere Zeit mit Aufträgen reichlich versehen.

Die im Reichs-Eisenbahnamt aufgestellte Uebersicht der Betriebs-Ergebnisse der Eisenbahnen Deutschlands im Monat März d. J. ergiebt für die 89 Bahnen, welche schon im entsprechenden Monat des Vorjahres im Betriebe waren und zur Vergleichung gezogen werden konnten, daß die Einnahmen aus allen Verkehrszweigen im März d. J. bei 66 Bahnen höher und bei 23 geringer als in demselben Monat des Vorjahres und die Einnahmen vom 1. Januar bis Ende März d. J. bei 81 Bahnen höher und bei 8 Bahnen geringer als in demselben Zeitraum des Vorjahres waren.

— Der Staatssekretär des Innern hat unterm 18. April eine vom Bundesrath bestätigte Geschäftsordnung für die Disziplinarbehörden verkündet.

Ausland.

Cettinje, 25. April. Aus offizieller montenegrinischer Quelle wird folgende Darstellung der Ereignisse, welche sich bei der Räumung der an Montenegro cedirten türkischen Gebietstheile seitens der ottomanischen Truppen zugetragen haben, gegeben:

Die montenegrinische Okkupationsarmee unter dem Kommando des Vojvoden Petar Vukotic war hiernach am 21. April bei Podgoritza konzentrirt. Am Nachmittag desselben Tages begaben sich der Ministerialsekretär des auswärtigen Amtes in Cettinje, Bakic, und der türkische Legationssekretär der ottomanischen Mission in Cettinje, Gioran Effendi, von fünf montenegrinischen Perjaniks eskortirt, nach Tusi, um mit dem dortigen türkischen Militärkommandanten die Modalitäten der Besitzergreifung zu erörtern und zu vereinbaren. Vor Tusi angekommen, wurde die Mission angesichts des türkischen Kommandanten mit Gewehrfeuer empfangen und retteten sich die Mitglieder derselben nur durch schleunige Flucht. Ein Perjanik wurde verwundet. Am 22. April rückte die montenegrinische Armee vor, fand aber die von den türkischen Truppen geräumten Befestigungen von Arnauten besetzt, welche sofort ein heftiges Feuer eröffneten. Nachdem die Montenegriner keine Ordre hatten, zur Okkupation mit Waffengewalt zu schreiten, blieben sie vor Djemovopolje bis zum Anbruch der Nacht stehen. Inzwischen dauerte die Ansammlung der Arnanten fort, welche auf die montenegrinischen Vorposten auf $^1/_2$ Stunde Distanz von Podgoritza zu feuern begannen. Zwei mittlerweile von den Montenegrinern in Thätigkeit gesetzte Geschütze brachten die Arnauten zum Schweigen. In der darauf gefolgten Pause strömten die Arnauten von weit und breit über die Plavinica herbei und okkupirten zuletzt auch Schiptschanik, wo ihnen die Türken 1000 Pulver-Kassetten überließen. Hadschi Osman Pascha aus Skutari sammelt sämmtliche Arnauten um Tusi unter seinem Oberbefehl. Das ganze Arnautluk und Miriditen-Land ist in voller Bewegung.

Provinzielles.

Stettin, 28. April. Unterm 20. April ist das Feld- und Forstpolizei-Gesetz, das schon am 1. d. M. die Unterschrift des Königs erhalten hatte, durch die „Gesetz-Sammlung“ und den „Reichs- und Staats-Anzeiger“ publizirt worden. Das Gesetz tritt mit dem 1. Juli d. J. in Kraft; alle entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen verlieren mit diesem Zeitpunkte ihre Geltung, im Besonderen alle Strafbestimmungen der bisherigen Feld- und Forstpolizeigesetze.

— Die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft wird auf den 27. Mai einberufen werden, und zwar, abweichend gegen den früheren Modus, nach Berlin. Auf der Tagesordnung steht lediglich der Jahresbericht des Verwaltungsraths und der Direktion, sowie die Wahl von fünf Mitgliedern des Verwaltungsraths.

— Die zahlreichen Glückwünsche, welche der Herr General-Superintendent Dr. Jaspis bei der heutigen Feier seines 25jährigen Dienstjubiläums von Nah und Fern erhalten, haben den Beweis geliefert, daß sich derselbe nicht nur bei seiner Gemeinde und seinen Amtsgenossen, sondern auch in den weitesten Kreisen einer besonderen Liebe und Achtung zu erfreuen hat. Morgens um $7^1/_2$ Uhr wurde der Jubilar durch eine Morgenmusik der Kapelle des Königs-Regiments überrascht. Um 10 Uhr fand in der festlich geschmückten und bis auf den letzten Platz gefüllten Schloßkirche Gottesdienst statt, bei welchem der Jubilar eine tief ergreifende Predigt hielt. Außer zahlreichen mündlichen und schriftlichen Glückwünschen trafen auch viele Telegramme ein und als äußere Zeichen der Liebe wurden dem Jubilar zahlreiche, theils werthvolle Präsente überreicht, von denen wir besonders ein prächtiges Album mit den Bildnissen der zur Parochie des Herrn General-Superintendenten ordinirten Geistlichen erwähnen. Nachmittags vereinigen sich die Freunde und Amtsgenossen des Jubilars zu einem Festmahle im „Hotel de Russie“.

— Es haben Patente erhalten: O. Wisting-hausen in Köslin auf einen Milchkühler als Einsatz für Buttermaschinen und G. Müller in Körlin a. d. Persante auf ein Trinkgefäß für Federvieh mit selbstregulirender Füllvorrichtung.

— Die „Voss. Ztg.“ meldet: Der Geh. Justizrath und vortragende Rath im Justizministerium Frhr. v. Bülow ist zum Präsidenten des Landgerichts zu Greifswald ernannt.

— Beantragt ein Gläubiger bei der Exekution seiner rechtskräftig erstrittenen Forderung die Mitbeitreibung angeblicher Kosten, die ihm aber thatsächlich gar nicht erwachsen sind, so macht er sich, nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, III. Strafs., vom 25. Februar 1880, dadurch keines Betruges schuldig.

— Am Montag Morgen wurde dem Gastwirth Kücker, Bollwerk Nr. 11, aus einem Schubkasten ein Portemonnaie mit 15 M. gestohlen, ohne daß es gelang, den Thäter zu ermitteln.

— Von dem am Parnitzbollwerk liegenden Kahn des Schiffers Rothenbücher aus Landsberg a. W. wurden gestern Abend verschiedene den Schiffsleuten gehörige Effekten, bestehend aus Wäsche und Kleidungsstücken, gestohlen.

— In der Nacht vom 22. 23. d. M wurden aus der Geschirrbude des Baues Kronenhofstraße Nr. 27 mittelst Erbrechens des Daches verschiedene Kleidungsstücke im Werthe von 16 M., dem Maurerpolier Zunk gehörig, gestohlen.

Vermischtes.

Berlin. Ein schrecklicher Auftritt, der in verschmähter Liebe seine Veranlassung gefunden, hat über eine hiesige sehr geachtete Familie unsägliche Trauer gebracht. Der in einer hiesigen Weingroßhandlung angestellte Küfermeister Franz Th., Sohn eines sehr wohlhabenden elsässischen Weingutsbesitzers, hatte die Bekanntschaft der beiden Töchter einer in der Thiergartenstraße wohnenden Rentierfamilie gemacht und schloß sich mit Erlaubniß der Eltern der jungen Damen auf den Ausflügen der Familie derselben an. Der junge Elsasser, ein sehr gebildeter, kräftiger junger Mann, hatte bald die Herzen der beiden Mädchen im Sturm erobert, nur wußte keine, welche er von ihnen bevorzuge, da er beide mit gleicher Achtung und Zuvorkommenheit behandelte. Am Sonntag hatte die Familie in Begleitung Th.'s eine befreundete Familie in Friedenau besucht, welche erst vor 8 Tagen nach dort in Sommerwohnung übergesiedelt ist. Das dortige Beisammensein gestaltete sich zu einer wahren Familienfestlichkeit, da ein in der besuchten Familie stattfindender Geburtstag Bekannte und Freunde derselben von nah und fern herbeigezogen hatte. Bei einer passenden Gelegenheit erklärte Th. der jüngeren der beiden Schwestern seine Liebe, die ihn nun hochbeglückt der in der Mitte der Gesellschaft weilenden Mutter zuführte, welche nach Rücksprache mit ihrem Gatten derselben die Verlobung der Tochter mittheilte. Niemand hatte im allgemeinen Jubel die ältere Schwester der glücklichen Braut beachtet, nur diese selbst bemerkte, daß bei der Verkündigung der Verlobung die Schwester bis an die Lippen erbleichte und gleich darauf verschwunden war. Sie ging nach einiger Zeit derselben nach, um sie zu trösten, da sie den Grund ihres Kummers zu kennen glaubte. Ein herzzerreißender Schrei erschreckte gleich darauf die Gesellschaft aufs Tiefste und Alle eilten, um die Veranlassung zu ergründen. In einem Hinterzimmer lag die ältere der beiden Schwestern von Blut überströmt auf dem Sopha, die Hände gefaltet und krampfhaft ein Bild des Bräutigams der Schwester umspannt haltend. Das unglückliche Mädchen liebte den jungen Elsasser mit leidenschaftlicher Gluth und hatte immer gehofft, die Wahl desselben werde auf sie fallen, ein Irrthum, der dadurch hervorgerufen und genährt wurde, daß der junge Mann ihr, allerdings auf ihren ausgesprochenen Wunsch, sein Photogramm schenkte. Als ihr verhängnißvoller Irrthum ihr klar wurde durch seine Erklärung, hatte sie in der Küche der befreundeten Familie ein Messer aus dem Spinde entnommen und in einem Anfalle von Geistesgestörtheit in wahrhaft schrecklicher Weise sich die Pulsadern zerschnitten. Durch das noch zeitige Dazwischenkommen der Schwester ist eine Verblutung verhindert worden und ist ärztlicherseits Hoffnung auf Erhaltung des Lebens des unglücklichen Mädchens vorhanden.

— (Gefährliche Scherze.) Einen sehr verwerflichen Scherz hatte sich am Freitag ein Berliner Buchbinder seiner aus Frau und sieben Kindern bestehenden Familie gegenüber erlaubt. Er sandte nämlich durch einen Dienstmann seiner Frau seine Brieftasche nebst einem Schreiben zu, in welchem er mittheilt, er werde, wenn die Adressatin den Brief empfangen, an einer bestimmten Stelle im Grunewald als Leiche zu finden sein, da er sich dort das Leben genommen. Die erschreckte Frau suchte sofort den Selbstmord ihres Mannes durch Anzeige bei der Behörde zu verhindern. Diese stellte nun im Grunewald vergeblich Nachforschungen an. Endlich Abends kam der angebliche Selbstmörder in angetrunkenem Zustande, aber sonst wohl und munter nach Hause und erklärte der geängstigten Frau und den harrenden Kindern in aller Gemüthsruhe, er habe sich nur einen „Ulk“ mit den Seinen machen wollen. — Nicht ganz so arg ist ein Scherz, welcher dieser Tage einem hiesigen, in der Spandauerstraße als Chambregarnist wohnenden Schriftsteller gespielt wurde. Mehrere Freunde desselben trafen zufällig im Café Bauer zusammen und kamen nach längerer Ueberlegung, wie sie den Abend zubringen sollten, dahin überein, ihrem gemeinschaftlichen Freunde einen unerwarteten Besuch zu machen. Gesagt, gethan. Sie begaben sich nach der Spandauerstraße, trafen aber ihren Freund nicht zu Hause, da derselbe, ohne eine Ahnung von dem bevorstehenden Besuche zu haben, eine Vorstellung im Residenztheater besucht hatte. Die Wirthin des Schriftstellers kannte die zum Besuche eingetroffenen jungen Leute sehr genau, öffnete ihnen auf Ansuchen das Zimmer, und man beschloß nun, den Freund zu erwarten. Nachdem man bis $10^1/_2$ Uhr Abends rauchend und trinkend sich die Zeit so gut als möglich vertrieben, kam man schließlich auf den Gedanken, dem Freunde einen kleinen Schreck einzujagen. Die Stubenthür wurde abgeschlossen, die Flaschen und Gläser bei Seite gesetzt, die Lampe ausgelöscht und die im Zimmer befindlichen zwei Betten von je 2 Personen eingenommen. Um 11 Uhr endlich hörten die Freunde den sehnlichst Erwarteten auf der Treppe kommen, verhielten sich mäuschenstill und ließen jenen ganz unbefangen eintreten. (Hier muß bemerkt werden, daß die Wirthin in den Scherz eingeweiht war.) Der junge Mann ging nach dem Tisch zu, um die Lampe anzustecken, à tempo erhoben sich aber von verschiedenen Seiten je 2 Gestalten, und die Situation wurde für den Inhaber der Wohnung in der That eine im höchsten Grade unheimliche. Wie vom bösen Geist getrieben, stürzte er zur Thür hinaus, setzte das ganze Haus in Bewegung, und sofort wurde polizeiliche Hülfe herbeigeholt. Die sich vor Lachen kaum haltenden Freunde benutzten die kurze Abwesenheit des jungen Mannes, um die Lampe wieder in Brand zu stecken. Als der noch an allen Gliedern Zitternde in Begleitung mehrerer Schutzleute, Nachtwächter und Hausbewohner wieder in das Zimmer trat, fand er statt Räuber und Mörder seine lieben Freunde, die ihn mit einem schallenden Gelächter empfingen, in der behaglichsten Kneiperei begriffen vor, und die Sache löste sich in Wohlgefallen auf.

— Zur Katastrophe im Bazar, welcher in Newyork im Madison-Square-Garten abgehalten wurde, wird aus Newyork noch geschrieben: Das Unglück wäre bei Weitem größer gewesen, wenn nicht der Manager des Gartens bemerkt hätte, daß die Decke des zweiten Stockes, wo sehr viele Personen tanzten, barst. Er drehte langsam das Gas ab und gab vor, die Hitze beschädige die Bildergallerie des nächsten Saales. Hierauf verließ das Publikum langsam die Räume des Ballsaales und blieb unverletzt. Schon Morgens war das Bersten der Mauern bemerkt worden, allein die Inspektion versicherte, das Gebäude sei gefahrlos. Die Maurer behaupten jetzt, die Querbalken des Daches seien eingestürzt, die Schuld treffe daher die Zimmerleute; der Baumeister aber erklärt, das Dach sei durch Ueberheizen des Gebälkes eingestürzt. Während des Einsturzes brach ein Feuer aus. Der bekannte Millionär Vanderbilt erleidet den größten Schaden. Todt sind die Frauen Gileston, Hegemann, Connelly und Iwilleb, durchweg aus ersten Familien. Das Unglück rief ungeheure Erbitterung hervor, weil man es ausschließlich auf Fahrlässigkeit zurückführt.

— Eine wunderliche und originelle Reklame ist jetzt in den vornehmsten Straßen von Berlin zu bemerken. Da sieht man junge, schlanke Herren, auffallend elegant gekleidet, beharrlich kurze Strecken auf- und abgehn. Wie absichtslos lassen sie gelegentlich Visitenkarten fallen. Bückt man sich, um die Karte aufzuheben, in der Meinung, dem Verlierenden eine vielleicht wichtige Adresse zurückzuerstatten, und wirft einen Blick darauf, so wird man enttäuscht da die Karte die Empfehlung eines Herren-Garderoben-Geschäftes enthält, und auf den wirklich elegant sitzenden modernen Anzug des Verlierenden hinweist, der im Atelier des Schneiders X. verfertigt wurde. Es sind also spazierende Schneidermodelle.

Literarisches.

Die bei R. Herrosé Verlag in Wittenberg soeben erschienene Schrift:

Das Reichsgesetz betreffend die Statistik des Waarenverkehrs des deutschen Zollgebiets mit dem Auslande, vom 20. Juli 1879, mit dem alphabetisch geordneten, zugleich als Zolltarif dienenden statistischen Waarenverzeichniß und Tafeln zur Berechnung der Nettogewichte und Zollbeträge. Ein Beitrag zu dessen Verständniß und Ausführung von W. Herrosé, Oberregierungsrath in Stettin. (Preis 2 M.), stellt in stetem Anschluß an das Vereinszollgesetz, an welches sich das neue Reichsgesetz anlehnt, nicht nur die Bestimmungen des letzteren und der dazu ergangenen verschiedenen Ausführungsvorschriften nach einheitlichen Gesichtspunkten geordnet und mit den nothwendigen Erläuterungen versehen zusammen, sondern giebt auch in seinem zweiten praktischen Theile für alle Arten des Verkehrs mit der Post, auf Landstraßen, Eisenbahnen und dem Wasser- und dem Seewege — nach deren verschiedenen Phasen der Ein-, Aus- und Durchfuhr — die zu beobachtenden Verhaltungsmaßregeln an. Wesentlich erleichtert wird die Beobachtung der letzteren durch das der Schrift beigefügte alphabetisch geordnete Waarenverzeichniß.

Dasselbe giebt zu jeder einzelnen Waare zugleich deren tarifmäßigen Zollsatz an und ersetzt auf diese Weise einen spezialisirten Zolltarif. Hiernach dürfte das Werk sowohl für den nunmehr zur Mitwirkung an der statistischen Arbeit berufenen deutschen Handelsstand, als namentlich auch für die deutschen Zollbehörden von hohem Interesse sein.

[62]

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, 26. April. Bei der Neuwahl zum Reichstage im zweiten Hamburger Wahlkreise erhielt Riege (nationalliberal) 3583 Stimmen, Dr Anton Rée (Fortschritt) 6451 Stimmen und Hartmann (Sozialdemokrat) 13,155 Stimmen; letzterer ist somit gewählt.

Wien, 27. April. Deutschland und Oesterreich kamen überein, die Verhandlungen über einen definitiven Handelsvertrag nicht vor Herbst wieder aufzunehmen.

Wien, 27. April. Das Abgeordnetenhaus beendete die Spezialdebatte über das Budget des Unterrichts-Ministeriums und beschloß, die Spezialberathung des Gesetzentwurfes über die Militärtaxe zu beginnen, nachdem ein Antrag auf Verweisung desselben an einen Ausschuß mit 165 gegen 107 Stimmen abgelehnt worden war.

Pest 27. April. Ordody, dessen Ernennung zum Minister für öffentliche Arbeiten und Kommunikationen morgen von dem amtlichen Blatte publizirt werden wird, wird der „Pester Korrespondenz“ zufolge demnächst dem Unterhause einen Gesetzentwurf über die Verstaatlichung der Theißbahn und die Stipulationen bezüglich der Südbahnstrecke Agram-Karlstadt vorlegen. Sodann werde die neue Organisation der ungarischen Staatsbahnen zur Durchführung gelangen. Die Frage betreffs der Pest-Semliner Bahn dürfte, derselben Korrespondenz zufolge, kaum eine rasche Lösung finden.

Rom, 27. April. Der Budgetausschuß der Deputirtenkammer berieth die Vorlage betreffend die Verlängerung der provisorischen Gebahrung bis Ende Mai und nahm hierbei folgende Tagesordnung an: Die Kammer spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die Regierung neuerdings Indemnität verlangt und geht zur Tagesordnung über. — Crispi ist beauftragt worden, diesen Antrag in der Kammer zu begründen. — In parlamentarischen Kreisen heißt es, daß die Regierung aus diesem Anlasse die Vertrauensfrage stellen werde, um zu sehen, ob die gegen die Regierung koalirten Fraktionen die Majorität besitzen.

Stockholm, 27. April. Der ehemalige Gesandte in London, Baron Hochschild, ist zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden.

Der diesseitige Gesandte in Berlin, Baron von Bildt, hat die Rückreise nach Berlin angetreten.

Petersburg, 27. April. Es ist den unausgesetzten Bemühungen der Polizei und der Geheim-Agenten, die Graf Loris-Melikoff seit seiner Amtsführung in Thätigkeit gesetzt hat, heute gelungen, den Hauptattentäter der Explosion im Winterpalais vom 17. Februar zu arretiren. Es ist dies ein gewisser Szewicz, ein Verwandter des Gouverneurs von Kaluga; Szewicz hat seine Studien an der Petersburger Universität im Jahre 1870 beendet und scheint in den intimsten Beziehungen zu den Leitern der nihilistischen Bewegung gestanden zu haben; er selbst hat hierüber nichts ausgesagt, doch nimmt man dies an, da er mit der Ausführung des nihilistischen Haupt-Koups, der Sprengung des Winterpalais, betraut worden ist. Szewicz wurde in der verflossenen Nacht (Montag auf Dienstag) verhaftet. Er ist dasjenige Individuum, das als „Tischler“ seit geraumer Zeit in einem der Keller des Winterpalais gearbeitet hat und, wie später ermittelt wurde, in Sardinenbüchsen verschlossen, das Dynamit in seine Behausung, im Keller unter der Wachtstube, einschmuggelte. Er hat, um sich als Tischler Eingang in den Winterpalast zu verschaffen, das Tischlerhandwerk erlernt und lange Zeit unter der Maske eines Handwerkers gelebt. Er nannte sich „Tischler Dmitrjeff“ und lebte geraume Zeit unter diesem Namen und in dieser Stellung. Er war, wie erinnerlich, in der Verwirrung der Explosion vom 17. Februar plötzlich verschwunden. Noch läßt sich nicht konstatiren, ob seine Verhaftung auf Grund von Aussagen verhafteter Nihilisten, oder von selbstständigen Ermittelungen der Polizei erfolgte, da in dieser Beziehung das Geheimniß gewahrt wird. Szewicz wird, nachdem die Verhöre zu eventuellen weiteren Ermittelungen beendet, sofort abgeurtheilt werden.